

Porsches Kleinkrieg gegen einen Mitarbeiter

25.01.2010 - aktualisiert: 25.01.2010 05:42 Uhr

Obwohl die Gerichte ihm recht geben, darf ein Maschinenführer seit sieben Jahren nicht an seinen Arbeitsplatz zurück

Sogar das Bundesarbeitsgericht hat zu seinen Gunsten entschieden. Dennoch kämpft ein Porsche-Mitarbeiter seit sieben Jahren erfolglos um die Rücknahme seiner Kündigung. Lieber hat der Autobauer allein 75 000 Euro Strafe bezahlt, als den Stuttgarter Maschinenführer weiterzubeschäftigen.

Von Petra Otte

STUTTGART. Der Pförtner nutzt den Rummel, um vor der Tür schnell eine zu rauchen. "Achter Stock", ruft er Eintretenden hinterher, zu Dutzenden strömen die Zuhörer an diesem Nachmittag ins Stuttgarter Landesarbeitsgericht. Als einer stehen bleibt, hakt der Pförtner nach: "Sie wollen doch zur Verhandlung mit Porsche? Achter Stock." Seine Zigarette ist abgebrannt, bis alle gut 40 Zuhörer auf dem richtigen Weg sind.

Ein solcher Auflauf wiederholt sich seit sieben Jahren alle paar Monate. Seit Ende 2002 wehrt sich der Stuttgarter Porsche-Mitarbeiter Ulrich Schirmer vor Gericht gegen seine Kündigung. Gewonnen hat er mehr als ein Dutzend Mal, sogar vor dem Bundesarbeitsgericht. An seinen Arbeitsplatz darf er trotzdem nicht zurück. "Wann bekommt Uli Schirmer recht?" - hat ein Zuhörer auf ein Stück Pappe gepinselt, das er vor dem Bauch trägt. Die Frage liest sich wie eine Anklage.

Porsche ist nicht irgendein Arbeitgeber. Wer für die Sportwagenschmiede arbeitet, ist stolz darauf, Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber versteht sich von selbst. Obwohl er Milliarden verspekuliert hat, zollten Tausende Mitarbeiter dem scheidenden Porsche-Chef Wendelin Wiedeking zum Abschied minutenlang Beifall. Auf den Chef ließen sie kein schlechtes Wort kommen, ihren Betriebsratsvorsitzenden verehren die Porscheaner: Wenn Uwe Hück zum Arbeitskampf ruft, stehen in Zuffenhausen regelmäßig die Bänder still.

Nur vor diesem Hintergrund lässt sich erahnen, warum ein Unternehmen Hunderttausende Euro ausgibt, nur damit einer von rund 12 500 Mitarbeitern nicht mehr zur Arbeit erscheint. Die Vorwürfe gegen Ulrich Schirmer gehen auf Juli 2002 zurück. Damals macht die CDU-Chefin Angela Merkel auf ihrer Wahlkampftour beim Stuttgarter Porsche-Werk Station. Für den hohen Besuch ist alles vorbereitet, ein auserwähltes Montageteam sowie Wiedeking persönlich erklären Merkel, wie die Bänder beim profitabelsten Autokonzern der Welt laufen. Dann geschieht etwas Unvorhergesehenes: Ein Mitarbeiter überreicht der CDU-

Chefin eine Petition mit der Bitte, sie möge sich für ein Gesetz gegen Mobbing einsetzen. Wenige Tage später wurde dem betreffenden Kollegen "das Betreten des Werksgeländes verboten. Sein Werksausweis wurde eingezogen", schreibt damals die Mitarbeiterzeitschrift "Motor". Schirmer ist zu dem Zeitpunkt Gewerkschaftsvertrauensmann, in den Wochen danach wirkt er an einer Unterschriftensammlung für den entlassenen Kollegen und der Gründung des Solidaritätskreises "Einer für alle - alle für einen" mit. Nach fast 17 Jahren im Betrieb wird Schirmer Anfang Dezember 2002 gekündigt.

Was darauf folgt, ist ein vor deutschen Arbeitsgerichten beispielloser Verhandlungsmarathon: Fünfmal hat Porsche dem gelernten Werkzeugmacher, der zuletzt als Maschinenführer in Zuffenhausen gearbeitet hat, bis heute gekündigt. Noch bevor das Landesarbeitsgericht auf die Berufung Porsches hin über die erste Kündigung geurteilt hatte, schob der Autobauer im Juni 2004 die zweite hinterher. Im Januar 2006 entschied das Bundesarbeitsgericht in Sachen Porsche AG für Ulrich Schirmer. Tenor: Die Kündigung sei "sozial ungerechtfertigt" und "nicht durch Gründe im Verhalten des Klägers bedingt". Zwar seien Äußerungen auf einem Solidaritätskreis-Infoblatt als "illoyal" gegenüber Porsche zu werten - allerdings von der grundgesetzlich geschützten Meinungs- und Gedankenfreiheit gedeckt.

Das hielt das Unternehmen nicht davon ab, Schirmer im Mai 2006 ein drittes Mal zu entlassen, im Dezember 2006 sowie im August 2007 folgten die Kündigungen vier und fünf. Weil sich der Autobauer nach wie vor weigert, den Maschinenführer weiterzubeschäftigen, haben Gerichte insgesamt 75 000 Euro Zwangsgeld gegen Porsche verhängt. Zusätzlich musste das Unternehmen dem Maschinenführer bisher 225 000 Euro Gehalt nachzahlen, hinzu kommen Kosten für sieben Jahre Rechtsstreit einschließlich des Honorars für Schirmers Anwalt. Einem Mitglied im Solidaritätskreis platzt angesichts solcher Summen der Kragen: "Man kann mehrfach recht bekommen, aber es hilft einem nichts, wenn der Unterlegene genug Geld hat", schimpft er.

Auch dieser Nachmittag zeigt, dass offenbar keine noch so hohe Geldstrafe Porsche bewegen kann, Schirmer wieder im Schoß der Belegschaft aufzunehmen. Firmenvertreter werfen ihm vor, die Loyalität seines Arbeitgebers beharrlich "schwer und gezielt" zu verletzen, als Belege dafür führen sie immer neue Veröffentlichungen an, die Begriffe wie "Ausbeutung" und "Jagd auf Kranke" enthalten. Doch das Tischtuch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war schon vor der ersten Kündigung zerschnitten: Bereits in den 90ern sei Schirmer aufgefallen, sagt ein Porsche-Vertreter, auf Betriebsversammlungen habe er sich gegen Vorstand und Betriebsrat gewandt und "Mitarbeiter aufgewiegelt". Das passt nicht zur eingeschworenen Firmengemeinschaft, für Porsche ist die Konsequenz deshalb die gleiche wie vor sieben Jahren: Polemik im Solidaritätskreis zu betreiben und gleichzeitig seinen Job zurückzuwollen gehe nicht. "Es ist keine Zusammenarbeit mehr möglich."

Von der Entscheidung des Vorsitzenden Richters Ulrich Hensingers hängt nun ab, ob Porsche dazu nicht doch gezwungen wird. Im Kern geht es dabei um die Frage, wo die Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und Beleidigung verläuft. Erschwerend kommt dazu, dass sich nur wenige der vorwiegend im Internet veröffentlichten Äußerungen eindeutig Schirmer zuordnen lassen. Im Februar 2009 hat sich eine Instanz der Meinung

Porsches teilweise angeschlossen - das Stuttgarter Arbeitsgericht lehnte die Kündigung zwar ebenfalls ab, sprach sich aber dafür aus, das Arbeitsverhältnis aufzulösen, da "eine gedeihliche Zusammenarbeit der Parteien nicht mehr erwartet werden kann". Hensinger urteilt in zweiter Instanz, für Porsche ist sein Urteil besonders wichtig. Denn mit mittlerweile 55 Jahren ist Schirmer laut Tarifvertrag nicht mehr ordentlich, sondern nur noch fristlos kündbar. Dazu bedarf es allerdings schwerwiegender Anschuldigungen.

Schirmer erträgt den Prozessmarathon stoisch, mehr als 40 Termine vor Gericht sowie zwei Krebsoperationen haben ihn die Dinge gelassener sehen lassen. An diesem Tag trägt er ein kariertes Hemd, mit Bart, Brille und der eher gedrungenen Statur sieht er nicht gerade wie einer aus, der die Massen gegen das Management aufbringt. Aber auch wie keiner, der sich kaufen lässt. Von Porsche gebotene 250 000 Euro Abfindung hat er abgelehnt, er will lieber arbeiten. "Warum soll ich mich abstrafen lassen dafür, dass ich so oft recht bekommen habe?", fragt er den Richter. Der verkündet am 10. Februar sein Urteil. Lässt Hensinger die Revision zu, geht der Fall Schirmer gegen Porsche erneut vors Erfurter Bundesarbeitsgericht. Die Solidaritätskreis-Mitglieder und andere Sympathisanten werden auch dann mit dabei sein, 2006 sind sie ja schon mal nach Erfurt gereist. Mit einem ganzen Bus.